

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Rieser
Gesamt Nr. 24.

Verlagsort: Brigg 2100.
Gesamt Nr. 24.

Für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Ries, sowie den Gemeinderat Großhain.

Nr. 259.

Mittwoch, 6. November 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Lesiger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 8.00 Mark, monatlich 1.90 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 20 Pf., Zeitungspreis 25 Pf.; zeitunabhängiger und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Ries. Vierteiljährliche Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen im Betrieb der Druckerei, der Verleger oder der Verlagsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Ablieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Ries. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhner, Ries; für Anzeigen: Wilhelm Dittler, Ries.

Mit der Abnahme der kaiserlichen Stabsabteilungen ist weiter beauftragt:

Schlossermüller Grambauer-Gröblich.

Großhain, am 5. November 1918.

306 d Dir.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 8. laufenden Monats ab auf Ab-

Schnitt 45 der roten Nährmittelfarte I 300 gr Getreide, grünen I 250 gr Getreide.

Der Preis beträgt 48 Pf. für das Pfund.

Die Entnahme hat bis spätestens den 14. laufenden Monats zu erfolgen.

Die Abschnitte 45 der roten und grünen Nährmittelfarte I sind bis spätestens den 16. laufenden Monats an den Kommunalverband einzuliefern. Diese Frist ist unbedingt einzuhalten.

Großhain, am 5. November 1918.

1084 o III.

Der Kommunalverband.

Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden Einschätzung zur Einkommen- und zur Ergänzungssteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration der steuerpflichtigen Einkommens und des ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens an diejenigen Beitragspflichtigen ausgesendet, deren Einkommen nicht zweifelsfrei unter dem Betrage von 1000 M. jährlich und deren ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen nicht unter dem Betrage von 60000 M. liegt.

Es steht jedoch auch denjenigen, welchen solche Aufforderungen nicht zugehen werden, frei, Deklarationen über ihr Einkommen oder über ihr ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen bis zum 27. November 1918 bei unserer Steuerkasse einzubringen. Formulare dazu werden unentgeltlich auf Verlangen an gleicher Stelle verabfolgt.

Gleichzeitig werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten,

eingetragenen Vereinen, eingetragenen Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Berggenossenschaften usw.) sowie die Vertreter von sonstigen, mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertreter, soweit sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, in der oben angegebenen Frist Einkommensdeklarationen, und soweit sie nach dem Gesetze vom 2. Juli 1903 ergänzungssteuerpflichtig sind, Deklarationen über das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen bei uns auch dann einzubringen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Der Rat der Stadt Ries, am 6. November 1918. R.

Verteilung von Zwiebeln.

Von Donnerstag, den 7. November 1918 ab gelangen in den einschlägigen Geschäften gegen Abgabe des Abschnittes B der roten Lebensmittelbezugskarte Zwiebeln zum Preise von 32 Pf. für das Pfund zum Verkauf.

Die Verkaufsstellen haben die Abschnitte zu sammeln und gebündelt nach dem Verkauf an Herrn Hermann Gröblich abzugeben.

Auf jeden Kopf entfallen 1 1/2 Pfund Zwiebeln.

Ein Drängen vor den Geschäften bitten wir zu vermeiden. Es sind sowohl Zwiebeln vorzuziehen, daß jede Person die auf sie entfallende Menge bestimmt erhält.

Der Rat der Stadt Ries, den 6. November 1918. Gm.

Brennspiritus-Bezugsmarken

werden Donnerstag und Freitag, den 7. und 8. November 1918 in unserer Volkshaus ausgegeben. Es können nur die Inhaber der Karte Nr. 501-1168 und 1-216 eine Bezugsmarke erhalten.

Ries, den 6. November 1918.

Der Rat der Stadt Ries. Rnd.

Stricklöhne für Militärkrämpfe

werden Freitag, den 8. November, vormittags von 8-1 Uhr in der Stadthauptkassa ausgezahlt.

Der Rat der Stadt Ries, am 6. November 1918. S.

Sächsischer Landtag.

Das Programm der neuen Reichsregierung.

Wl. Dresden, 5. November 1918.

Zweite Kammer.

Am Regierungstage sämtliche neuen Staatsminister, Haus und Leibkammer sind voll besetzt. Beginn der Sitzung 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung. Der Vorsitzende im Staatsministerium Staatsminister Dr. Seitz führt aus: Die Staatsregierung habe den Verfassungsänderungen im Reich durchweg zugestimmt. Durch die geschlossene Neuordnung in Sachsen sei das Gesamtministerium nunmehr in enger Fühlung mit der Volksvertretung. Sein Minister könne gegen den Willen des Parlaments kaum im Amt bleiben. Demnach sollte die Bildung eines neuen Reichsministeriums und die Trennung des Kultus- und Unterrichtsministeriums in Frage. Die Regierung werde dem Landtage binnen kurzen eine Vorlage machen, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die zweite Kammer ohne jede Einschränkung vorschläge, verbunden mit dem System der Verhältniswahl zum Schutze der Minderheiten. Vor Friedensschluß und Rückkehr der Krieger könnten jedoch keine Wahlen vorgenommen werden. Auch der Erste Kammer könnten Minister ernannt werden. Die Erste Kammer müsse sich gleichfalls organisch dem Neubau einfügen. Jede grundsätzliche Reformierung werde unvermeidlich sein und müsse über die gegenwärtige Regierungsvorlage hinausgehen. Der Minister erwähnt sodann die Schwierigkeiten, der Volksernährung und Rohstoffversorgung, die zu beheben die Regierung entschlossen sei. An der Neuorganisation der Wirtschaft müsse das gesamte Volk mitarbeiten. Zur Durchführung der Demobilisierung im Lande sei die Gründung eines Arbeitsamtes geplant. Bucher- und gewerbemäßige Schleichhändler würden nicht Duldung noch Schonung finden. Der Abbau der Kriegswirtschaft werde allmählich erfolgen. Die Milderung der Wohnungsnot werde mit Nachdruck gefördert. An die Fragen der inneren Verwaltung werde die neue Regierung im Sinne einer freiheitlichen Weiterentwicklung herantreten. Eine Reform des Gemeindeverwaltungsrechts und des Volksschulrechts seien in Aussicht genommen. Die Kriegsgewinne sollten noch stärker steuerlich erfasst werden. Eine der wichtigsten Sorgen der Regierung bildet die Lage der Beamtenschaft und Lehrerschaft.

Für die gesamte Politik des Landes werde künftig der Staatsminister, der den Vorsitz im Gesamtministerium führe, den Ständen in erhöhtem Maße verantwortlich sein. Dadurch werde die Verantwortlichkeit der übrigen Minister für ihre Departements nicht berührt. Die erhöhte Tätigkeit des vorliegenden Staatsministers bedinge die Einrichtung einer Staatskanzlei, deren Chef die Beziehungen zum Reich und die Fragen der inneren Politik zu bearbeiten habe und werde, die einheitlich durch alle Ressorts durchgezogen werden müssen. Die Beziehungen zum Reich gebe die Regierung mit besonderem Eifer und besonderer Hingebung zu pflegen. An dem Ausbau des Reiches, der die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in wunderbarer Weise mit der Reichseinheit verbinde, sollte alle festhalten. Der Minister schließt mit einem Hinweis auf die gewaltigen Rüstungen im Westen, die Deutschland jetzt allein durchzuführen habe und sagt: Innerlich muß ich unser Volk nicht. Wir haben Anspruch auf einen Frieden, der uns die Entwicklungsmöglichkeiten läßt. Dieser Krieg muß der letzte sein. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland in Frieden den Platz an der Sonne erhält, auf den es gerechten Anspruch hat und den es sich in Zukunft als freies Volk im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern täglich neu erobern wird. (Beifall.)

Das Haus beschließt eine Ausdrucksache zur Regierungserklärung. Abg. Ullig (Soz.) legt die Entgegennahme der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Programm der neuen Regierung dar. Die Sozialdemokratie habe den Mut und den Willen, an ihrem Teil zu helfen, das Land und das Volk vor dem Schlimmsten zu retten. Der Wunsch nach Frieden dürfe nicht wegen dynastischer und monarchischer Interessen unerfüllt bleiben. Die Mehrheit des Volkes sei für die Republik. Weder wünsche weiter die Befreiung der Ersten Kammer, eine restlose Amnestie und die Herstellung der Pressefreiheit sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Einheitschule. Abg. Rietzhammer (Nat.) erklärt, es sei der eifrige Entschluß der nationalliberalen Partei, auf dem betretenen Wege mitzuarbeiten. Sie hätten das lebhafteste Interesse daran, daß die Demokratie, die großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, erfolgreich löse. Seine Partei stehe auf dem Standpunkte der Reichseinheit. Sie bestreite, daß das Reichertum eine invariablen-prototypische Bedeutung habe. Die Befreiung des Reichertums müßte zu einem Verfall des Deutschen Reiches führen. Wir brauchen aber in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Nachkriegslage des Deutschen Reiches. Abg. Dr. Böhm (Nat.) weist darauf hin, daß sich innerhalb der einzelnen Regierungsmittelglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht zeige. Auch in wirtschaftlichen Fragen gingen die Auffassungen auseinander. Seine Freunde seien sich der Tragweite der gegenwärtigen Entscheidung voll bewußt und treten mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neu geschaffenen Lage. Es wäre ein großer Segen für unser Volk, wenn endlich einmal die alte Parteienwirtschaft aufhöre und die bürgerlichen Parteien sich wieder zusammenschließen. Staatsminister Ullig gab zu, daß innerhalb der Regierungsmittelglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht bestehe. Es sei aber unvermeidlich erschienen, die Regierung nur aus einer einzigen Partei zusammenzusetzen. Homogenität herrsche jedoch innerhalb der neuen Regierung hinsichtlich des Bündnisses, Ruhe und Ordnung zu erhalten und die schwere Zeit nach dem Krieg zu überwinden. Abg. Brodau (Fortst. Sp.) begrüßt namens seiner Fraktion die vom Vertrauen der Volksmehrheit und der Mehrheit des Parlamentes getragene Regierung. Das Regierungsprogramm billigen seine Freunde in allen Punkten und hätten nur noch einige Wünsche hinzuzufügen, die sich durchaus im Rahmen dieses Programmes bewegen. Abg. Seeger (Unabh. Soz.) sagt: Die ganze Reformierung ist nichts weiter als ein Angstprodukt und könne die Forderungen der Bevölkerung nicht befriedigen. Weder führt eine Reihe weitergehender Wünsche an und äußert sich dann über die Errichtung der neuen Reichsregierung, wobei er bemerkt, die Staatssekretäre im Reich seien die Hausfreunde des Kaisers. Er erhält dafür seinen Ordnungsruf, den er ablehnt. Weiter behauptet er, der Krieg sei von Deutschland vorbereitet und angezettelt worden. Präsident Dr. Vogel verweist die Regierung und das deutsche Volk gegen diesen Vorwurf. Staatsminister Günther legt namens der Regierung gegen die Behauptung des Vorredners, daß der Krieg von Deutschland angezettelt worden sei, Verwahrung ein. Deutsche Zustände wüßten wir uns nicht. Der Zusammenhang aller Volksgenossen sei notwendig, um die ungeheure Not der Gegenwart zu überwinden. Abg. Barth (Nat.) bittet zugleich im Namen seiner Fraktionsgenossen Kogel die Regierung, bei der bevorstehenden Neuordnung im Staatsleben die Sicherung der Rechte des kleinen Volkstammes, der Wenden, auf seine Muttersprache und sein Volkstum zu gewährleisten. Abg. Dr. Jöppel (Nat.) weist die Ausführungen Seegers zurück. Abg. Fleischer (Unabh. Soz.) vertritt seinen Fraktionsgenossen Seeger und behauptet, was man jetzt im Lande und Reich

gelten habe, sei nicht einmal der Anfang der Demokratie. Damit schließt die Ausdrucksache. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 11 Uhr. Vorberatung über die Dekrete betr. Dienststrafrecht der Beamten und Diener für Bezirksauschussmitglieder.

Seid gewarnt!

Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Fronten vollzieht sich in Formen, die sich kaum noch von dem Auflösungsprozeß der russischen Deeresmacht unterscheiden. Es wirkt wie ein böser Wisp der Weltgeschichte, daß die früher so verachteten italienischen Truppen jetzt im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Deeresleitung hinter der Front der österreichisch-ungarischen Truppen eine feste Linie gebildet haben, um weitere Auflösung der rumänischen Regimenter zu verhindern, die vier Jahre lang die italienischen Anstürme heldenhaft zurückgeschlagen haben. Einzelne Formationen haben sich insofern schon vorzeitig auf den Heimarsch begeben und das friebliche Hinterland sengend und plündernd durchgezogen. Ist die Disziplin erst einmal gebrochen, so scheint ein böser Geist Einfuhr bei den Truppen zu halten, der jede Rücksicht auf Ordnung und auf den Schutz der Heimat rücksichtslos beiseite schiebt. Die vier Kriegsjahre hindurch unter ungeheuren blutigen Opfern einen Schutzwall gebildet haben, werden dann zur schrecklichsten Bedrohung der Heimatbedrohung.

Die Gefahr für Deutschland liegt gegenwärtig in der Heimat. Stimmungen der Unzufriedenheit, der Kriegsmüdigkeit und des Friedens um jeden Preis suchen sich geltend zu machen, die von unheilvollsten Folgen sein müßten, wenn sie die Oberhand gewinnen. Die neueren Vorgänge in Kiel und anderorts zeigen eindringlich die große Gefahr, die unter allen Umständen gebannt werden muß.

Die deutsche Volkregierung hat diese Gefahr rechtzeitig erkannt und sucht den Geistern der Unordnung durch weitgehende Aufklärung über die innerpolitischen Erregungszustände der letzten Wochen entgegenzutreten. In einem Aufruf wendet sie sich an das deutsche Volk und ermahnt es, sich nicht von Phantasien hinreißen zu lassen. „Selbsthau und Ordnung tun not.“ Bei dem ordnungsliebenden Grundzuge des deutschen Volkes darf man erwarten, daß diese nur allzu berechtigte Warnung bei der Masse des Volkes auf guten Boden fällt. Der Volkswille ist dem deutschen Volkstypus zuzurechnen. Die durch Zufall aufgedeckten schändlichen Verbrechen, durch Umtriebe der russischen Volkspartei in Berlin bolschewistische Propaganda nach Deutschland zu verpflanzen und die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aller Verhältnisse zu bewegen, werden entschlossen unterdrückt werden. Das neue Deutschland darf und wird nicht der Tumultelast anaristischer Verbrechen werden.

Der Aufruf der Volkregierung stellt in gedrängter Kürze die großen freiheitlichen Erregungszustände der letzten Wochen zusammen, spricht feierlich sein Vertrauen zu dem deutschen Volke aus und verlangt gleiches Vertrauen vom Volke selbst für seine Tätigkeit. Er betont, den erblichen Willen der Reichsregierung, bald zum Frieden zu kommen und eine gesicherte Zukunft für Deutschland

in Moskau. Es heißt es, sich einstellender denn je um die deutsche Volksgemeinschaft. Die immer der Augen zu ihr haben mag: die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und der öffentlichen Sicherheit verlangt nicht weniger Aufmerksamkeit der Reichsregierung. Sie ist nur durch einmütigen Zusammenhalt aller stimmungsbereiten bewährten Elemente überwindlich. Das deutsche Volk ist wehrlich gekämpft und einmütig gekämpft. Es heißt die Lösung des Tages: Das Vaterland verlangt, daß jeder seinen Pflichten treu sei.

Deutsche Volksgemeinschaft in Kiel. Im Hinblick auf eine Verarmung auf dem Kriegsschauplatz in Kiel am Sonntag, an dem auch Marineangehörigen teilnahmen, bildete sich ein Menschenzug, der auch Soldaten aus einer Kaserne mitnahm, wobei die Kasernen im Innern beschlachtet wurden. Der Menschzug, bestehend aus der Militär-Kriegsangehörigen, trat der Menge entgegen. Dem Beschluß, auseinanderzugehen, folgte die Menge nicht, sondern drängte vorwärts, worauf einige kleine Schüsse abgegeben wurden, nach deren Wirkung die Menge sich auflöste. — Über die Straßenverhältnisse berichtet die Kieler sozialdemokratische (schleswig-holsteinische) „Volkzeitung“ vom Sonntag: Auf dem großen Kriegsschauplatz sind gestern abend 3000 Personen, vorwiegend Matrosen versammelt gewesen. Von verschiedenen Kasernen wurde dazu aufgefordert, die gefangenen Invaliden zu befreien. Ein Arbeiterführer, der auf die heute nachmittag stattfindende Vertrauensmänner-Verammlung hinwies und zur Besonnenheit mahnte, wurde durch energische Jurist-Überläufer, Matrosen drangen in die Kasernen der Halbinsel ein und erzwangen es den dort zurückgehaltenen Matrosen, ihnen zu folgen. Als der Zug in der Strandweg-Strasse, die Karstraße, angelangt war, trat er auf eine Straßenabsperrung von etwa 20 Metern und Apollonten, die von einem Leutnant befehligt wurden. Auf das Kommando des Leutnants wurden Soldaten gegen die vordringende Menge abgeschossen. Hierin waren es 100 Patronen, das zweite Mal aber wurde scharf geschossen. Hierbei gab es acht Tote und wie wir hören 20 Verwundete, darunter Kinder und Frauen. Auch in die Nacht hinein fanden in den Straßen von Kiel um das Gefängnis herum Abteilungen von zusammengekauften Gewehren. Die Genarstellung gibt an, daß der bestellte Offizier an die Menge herantrat die Aufforderung richtete, auseinanderzugehen und daß dann erst der Befehl zum Schießen erfolgte. Die Unruhen sind auf das Gerücht zurückzuführen, die Seeoffiziere seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und beabsichtigten, ihr zuwider zu handeln, was von amtlicher Seite als das allerentschiedenste bestritten wird. — Wie verlautet, ist der Generalstab in Kiel ausgebrochen. Der sozialdemokratische Führer Roske hat sich nach Kiel begeben, um zu vermitteln. Andererseits weilen auch Haase und Bednarek dort.

Am Sonntag abend wurden, wie der „Vorwärts“ schreibt, Verhandlungen der Matrosen mit dem Gouverneur und dem Staatssekretär Daubmann als Vertreter der Regierung gepflogen, in denen ein Teil der Forderungen der Matrosen erfüllt wurde. Staatssekretär Daubmann sagte weitestgehendes Entgegenkommen zu. Es herrscht Ruhe und Ordnung. Abgesehen von dem behaupteten Verlust am Sonntag ist die Bewegung so gut wie unblutig verlaufen. — Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist der Staatssekretär Daubmann gestern wieder aus Kiel in Berlin eingetroffen, während der Abgeordnete Roske in Kiel geblieben ist. Gestern abend fand eine Sitzung des Kriegskabinetts statt, in der Daubmann Bericht erstattete.

Die Kieler Ereignisse scheinen auf die Hamburger Arbeiterfront der Wert nicht ganz ohne Einfluß zu sein. Gestern morgen war auf den Werften, besonders unter den jungen Arbeitern, eine Bewegung zu bemerken, die sich über einen Empfindlichkeitsstreik erklärte. Die besonnenen Elemente behielten aber die Oberhand und es erfolgte daher ohne Ausnahme auf sämtlichen Werften keine Arbeitsunterbrechung. Jedoch wurden von den Arbeitern Kommissionen gewählt, durch die den Arbeitgebern verschiedene Wünsche unterbreitet wurden. Gestern nachmittag hatten die Organisationsleitung und die Vertrauensleute der Werften eine Sitzung ab, in der über die augenblickliche Lage beraten wurde. In Wilhelmshaven ist es nicht zu Ruhestörungen gekommen. Auf den Schiffen und in der Stadt ist alles ruhig geblieben. Die Kieler Volksgemeinschaft scheint daher bisher keine Einwirkung auf die Marineverhältnisse in Wilhelmshaven gemacht zu haben. Auch in Cuxhaven ist es völlig ruhig geblieben.

Demonstrationen der Unabhängigen. In Stuttgart fanden umfangreiche Demonstrationen der unabhängigen Sozialdemokraten statt, wobei von der Regierung wirtschaftliche Zugeständnisse verlangt wurden. Zur Veranschaulichung unzureichender Darstellungen einiger Blätter wird von zuständiger Seite über die Vorgänge folgendes berichtet: Von der Arbeiterschaft in Unterriethelm und einigen anderen Werken, die Montag feierten, zogen einige tausend Personen, darunter viele Frauen, Mädchen und junge Mädchen auf den Schloßplatz, wo ein Führer der unabhängigen Sozialdemokraten eine Ansprache hielt. Der Zug bewegte sich vor das Ministerium des Innern. Ohne Abordnung der Arbeiter hat man Gehör, das vom Minister des Innern aus freien Stücken gewährt wurde. Dieser erklärte, die Vermutung der Arbeiterschaft, daß die Waffenstillstandsbedingungen der Feinde, obgleich an Deutschland mitgeteilt, der Bevölkerung vorenthalten würden, für grundlos, und behielt sich gegenüber dem von den Kriegselementen vorgelegten Programm, das neben humanitären Forderungen wirtschaftliche Forderungen enthielt, die Entschärfung und Erteilung einer Antwort vor. Die Menge zerstreute sich hierauf. In den Nachmittagsstunden begab sich von neuem eine größere Menge vor das Ministerium des Innern. Es erschien nochmals eine Arbeiterschaft, welcher der Minister die Prüfung der im berührenden wirtschaftlichen Fragen versagte, während er eine Erörterung der umfänglichen Forderungen rundweg ablehnte und auf die Unannehmlichkeiten dieser Wege zur Erreichung des allseitig angestrebten Friedens hinwies. Nach Bekanntwerden dieser Antwort ging die Menge auseinander. Im Verlaufe der ganzen Kundgebungen sind keine gewalttätigen Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Die Teilnehmer bestanden nur zum kleinen Teile aus Anhängern der unabhängigen Sozialdemokraten. Die Polizei war nirgends zum Einschreiten mit der Waffe genötigt. Für heute war die Wiederaufnahme der Arbeit bei Daimler und in den anderen Werken angekündigt.

Revolutionäre Propaganda in Deutschland. Aus Berlin wird amtlich mitgeteilt: Am 4. dieses Monats abends trat von Moskau kommend, der Kurier der deutschen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Zeremonien des Gedächtnisses vom Bahnhofs wurde eine der Ritten durch Anführer beschützt, so daß darin befindliche Väter auf den Boden fielen. Diese Väter waren, wie es hergebrachte ist, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, welche die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigen Umsturz auffordern. Eine der Flugblätter, welche von der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die Arbeiter zum Kampf gegen die bürgerliche Herrschaft aufrief.

schon und Terror auflebert. Auf Ansehen der Reichsregierung wurde das gesamte Kriegsgeld in einem geschlossenen und bewachten Raum aufgehoben und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Auszahlung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen. — Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Forderungen dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die russischen Verfassungen in Deutschland getrieben werden, und daß der noch immer ungeklärte Stand an dem belarischen Graf Mordach ausreichende Sätze sind. Die russische Regierung ist erwidert worden, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Demnach sind die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen worden.

Die offizielle Zeitung der russischen Sowjetregierung „Iswestija“ enthält in ihrer Nummer 227 unter der Überschrift „Der rote Soldat“ folgende vom 17. 10. datierte Nachricht aus Smolensk: Heute traf die erste Nummer der Zeitung „Der rote Soldat“ ein, die vom Kriegsrevolutionärsrat der deutschen Offiziere herausgegeben wird. Die Soldaten werden durch die soziale Revolution aufgeföhrt. — Wie in Berlin an zuständiger Stelle bekannt ist, wird diese Zeitung „Der rote Soldat“ in Rußland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt. Bei der Offiziere besteht weder eine solche Zeitung, noch ein Kriegsrevolutionärsrat. Wenn auch anzunehmen ist, daß der gesunde Geist unserer Truppen nur selten diesem agitatorischen Treiben der Bolschewistengruppe ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen wird, so muß doch dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda als besonders dreist öffentlich gebrandmarkt werden.

Die Aufhebung in Oesterreich.

Der deutsch-österreichische Staatsrat hat sich der zwingenden Notwendigkeit gebeugt und die Bedingungen des Feindes angenommen. Der Beschluß des deutsch-österreichischen Nationalrates besagt ausdrücklich, daß er die Mittelungen des Armeoberkommandos nur entgegennimmt, weil er über keine Oere verfügt und nicht weiterkämpfen kann. Der Beschluß ist mit der gemeinsamen Heeresleitung des bisherigen Oesterreich-Ungarn geschlossen worden. Der Aufruf des Staatsrates und auch die Aufhebung Kommandos zur Ruhe und Ordnung wurden befohlen. Das Einlage, was Deutsch-Oesterreich jetzt erreichen kann und muß, ist die Ordnung in den Städten durchzuführen. Innerhalb Wiens und der Vorstädte sind schwerere Ausschreitungen vorgekommen. Die Depots der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden geplündert und angezündet und drei Waggon niedergebrannt. Weiter sind Flugzeugbojen in Wiener-Neustadt niedergebrannt. — Ueber die Unterzeichnung des Waffenstillstandes wird nachträglich bekannt, daß sämtliche Mitglieder der deutsch-österreichischen Regierung am Sonntagabend in einer Audienz beim Kaiser gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes protestiert und erklärt haben, ihm unter keinen Umständen zustimmen zu können. Kaiser Karl erklärte darauf, auch seinerseits die Bedingungen nicht unterzeichnen zu können, entschloß sich, vom Armeoberkommando sofort zurückzutreten und den Feldmarschall Koerech zum Oberkommandierenden zu ernennen. Aber auch Feldmarschall Koerech hat den Vertrag nicht unterzeichnet, sondern schickte in seiner Vertretung der bisherige Chef des Generalstabes Generaloberst v. Kra.

Kaiserin Rita. Wie das „Prager Tagblatt“ erzählt, hat in den letzten Tagen Kaiserin Rita durch eine Mittelsperson in Prag anfragen lassen, ob sie mit ihren Kindern eine Heilung in Brandels an der Elbe nördlich Prag Aufenthalt nehmen könne. Es wurde ihr antwortet, daß sie willkommen sein würde, wenn sie als Privatperson erscheine.

Die deutschen Staatsangehörigen werden, soweit sie nicht zur kaiserlichen Armee und Marine zählen, von den Bedingungen des zwischen Oesterreich und der Entente abgeschlossenen Waffenstillstand nicht betroffen. Auch die wehrfähigen reichsdeutschen Jüdischen können in Deutsch-Oesterreich verbleiben.

Zurückhalten der Truppen. Aus dem Süden langen unaufrichtig mit Soldaten vorgeführte Bände an, deren Weitertransport mit aller Energie betrieben wird, wiewohl die nötigen Transportmittel wie auch die Verpflegungsmittel mangeln. Der Nationalrat von Tirol und mit ihm alle militärischen und Zivilbehörden sind demütigt die Gefahr abzumehren, daß Truppen der 10. und 11. Armee Nordtirol überfluten und mangelnd geordneter Verpflegung plündernd den Weg durch das Land in ihre Heimatländer suchen. Dilem Bünde sollen vor allem etappenweise errichtete Verpflegungslagern dienen, für die von allen möglichen Seiten herbeigeholte Lebensmittel ausbezahlt werden. Die Bildung von Grenztruppen, die die rückwärtigen Truppen an geeigneter Stelle zur Entlastung veranlassen sollen, ist bereits in Angriff genommen. Im Innsbruck sowie in den Landgemeinden wird mit allem Nachdruck die Bildung von Bürgerwehren betrieben. Außer der Wälder einiger Waggon mit Lebensmitteln auf dem Innsbrucker Frachtenbahnhof sind bisher keine Ausschreitungen vorgekommen. Die weichen Kriegsgefangenen konnten bereits aus der Stadt entfernt werden. Die Italiener verließen ihr Lager, konnten aber bis zum Abend wieder gesammelt werden, um nun gleichfalls möglichst reich in ihre Heimat befördert zu werden.

Ausscheiden der Deutschen aus den Skoda-Werken. Die Blätter melden aus Wien am 4.: Heute sprach beim kaiserlichen Hof eine Abordnung der Skoda-Werke mit Baron Stoda an der Spitze vor, um bezüglich der Skoda-Werke zu verhandeln. Dem Baron Stoda wurde vom Nationalrat ausgedrückt, daß er sich sofort mit seiner Arbeiterschaft bezüglich ihrer Wünsche in Einvernehmen setzen müsse. Auch in nationaler Hinsicht werden ihm Vorschläge gemacht. Baron Stoda erklärte sich bereit, alle Wünsche und Beschwerden zu erfüllen und erbat sich nur Schutz für sein Eigentum. Im übrigen würde er die verlangten Zulagen und Forderungen durchzuführen. Es handelt sich in nationaler Hinsicht um Ausschreibung aller deutschen Beamten und Arbeiter, in sozialer Hinsicht um den Wichtigentag und sonstige sozialistische und Lohnforderungen.

Englische und französische Truppen kommen nach Ungarn. Kriegsminister Lindner erklärt, daß die von Ungarn schon in der Vorwoche verlangten Waffenstillstandsverhandlungen durch das doppelgängige und veräbte Vorgehen des selbstertretenden Generals Baron Waldstätten verögert worden ist. Wahrscheinlich werden englische und französische Truppen nach Ungarn kommen. Diese können nicht als Feinde und dürfen sich hier nur kurze Zeit aufhalten. Sie können als Freunde, denn nicht Ungarn sei befehigt worden, sondern das verlorene System, das zusammengebrochen ist. — Ministerpräsident Graf Karol ist nicht beabsichtigt Friedensverhandlungen nach Wada abgeleitet. Der Ministerpräsident beschloß, den Juktminister Berinow nach Belgrad zu entsenden, wo er mit General Franques in Verbindung tritt.

Volksgarde in Ungarn. Der Kriegsminister hat im Einvernehmen mit der Polizei und Gendarmerie eine Volksgarde gebildet, welche die Aufgabe hat, die Polizei im Sicherheitsdienst zu unterstützen. Die Arbeitergarde, die einen Teil der Volksgarde bildet, wird umfassen den Schutz der Fabriken, Industrieanlagen und Lebensmittellager übernehmen.

Die tschechischen Entwürfe auf Oesterreichische Gebiete. Krattauer Blätter bringen folgende Erwähnung des polnischen Korrespondenz-Bureaus: Das tschechische Kommando in Prag hat an alle Kommandos in Schlesien einen Befehl ausgesandt, in dem gesagt wird, daß Schlesien als tschechisches Gebiet zu betrachten ist. Gleichzeitig wurde die Befehls von Obergberg durch tschechische Truppen angeordnet. Die Welen in Obergberg haben die Befehls der Stadt durch tschechische Abteilungen verhindert.

Kriegsnachrichten.

Wittlicher deutscher Abendbericht vom 8. November: In der getrigen Schlachtfront zwischen Serbe und Ollie haben wir uns vom Segner abgeleigt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur Einzelkämpfe statt.

Der Abtransport der Armeesoldaten. Wie die „Post“ hört, scheiden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der deutschen, der rumänischen und der ungarischen Regierung über den Abzug und Durchzug der Armeesoldaten. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß unsere tapferen Armeesoldaten die Heimat erreichen werde.

Abgeordnete an der Front. Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begab sich eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennen lernen und soweit es anodnag ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Unabhängige deutsche Grenzwachen in Bulgarien. Das System der Antikriegspressen ist im allgemeinen zu bekannt, als daß es überraschen könnte, wenn sie auch allerlei Vorgehänge in Bulgarien zu deutschen Grenzeln gegen den früheren Verbündeten umprägt und wenn unseren Soldaten Verurteilungen bulgarischer Offiziere, Korbzeiten gegen bulgarische Gewanderte und dergleichen vorzuerworten werden. Demgegenüber sei auf die deutsche Antwort an Wilson verwiesen, in der u. a. ausdrücklich die Verwahrung gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unehrenhafter Handlungen deutscher Soldaten eingeleitet wurde. Was für die deutschen Soldaten im Westen gilt, gilt natürlich auch für die im Osten. Der besonders erwähnte Vorwurf, deutsche Soldaten hätten einen bulgarischen Verwundeten transport aufgehalten, die verwundeten bulgarischen Soldaten auf der Strecke liegen lassen und ihre Wägen eingenommen, hat sich als völlig erlogen herausgestellt. In der gemerzlichen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß viele französische Offiziere in Bulgarien deutschen Soldaten begegnet sind, ohne irgend welche Belästigungen zu erfahren. Wir möchten fragen, ob im umgekehrten Falle wohl französische Soldaten das gleiche Kaltgefühl und gleiche Zurückhaltung an den Tag gelegt hätten.

Telegramm des Kaiser an Wilson. Ein Telegramm, das von einer Klaff. Verwaltung in Gängerbauten an Wilson abgeleitet wurde, hat folgenden Wortlaut: Der Kaiser! Die am 8. November tagende Verammlung altteilschischer Bürger verschiedener Parteien und der Deutschen Reichstages hat sich mit Entschiedenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wie sie von Ihnen formuliert und bitter Sie mit Ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem einlothringenden Volke die Ausübung dieses Rechtes rechtlos gewährleistet wird, weil nur dadurch ein nochmaliger Krieg gegen die Welt verhindert werden kann.

Schließung der tschechischen Grenze für Flüchtlinge. Wie das Prager Korrespondenzbureau im Widerspruch zu unrichtigen Berichten erzählt, hat die tschechische Regierung jetzt vorläufig die Grenze für Flüchtlinge im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheitszustand in Holland schließen müssen. Dieser schließt sowohl die tschechische Bevölkerung wie die Flüchtlinge, wenn sieherbevollzogen eintritt. Erk wenn die Flüchtlinge anmäßig in ihr Land zurückgeführt sein werden, kann an die Öffnung der Grenzen wieder gedacht werden.

Der unabhängige Staat Polen. (Neuter.) Die Vereinigten Staaten erkennen die Unabhängigkeit des neuen polnischen Staates und die polnische Armee als autonom und kriegerisch unter der höchsten Autorität des neuen polnischen Nationalkomitees an.

Wasserversorgung in Odenburg. Nach vorliegenden Meldungen verhängen die Ukrainer in Odenburg den Belagerungsstand. Die Ablenkung der gemeldeten Einnahme von Brjenski kann in den Marschallkern nicht anfrechterhalten werden. Brjenski hebt danach unter ukrainischer Herrschaft. Odenburg ist von jedem Verkehr abgeschnitten, da einerseits die polnischen Offiziersbeamten sich weigern, die Bände bis Odenburg zu führen, andererseits die russischen Wachen jeden Verkehr fernhalten. Der Statthalter Graf Spon ist von den Russen interniert worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die neue Kreditvorlage. Wie die Berliner Abendblätter melden, ist dem Reichstage soeben eine abermalige Kreditvorlage von 15 Milliarden Mark ausgegangen. Ein vierter Nachtrag zum laufenden Reichsetat fordert zur Verteilung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 100 Millionen Mark. Die Höhe des Kredits an. Sie sollen zur Bewältigung von Banknotenzulassen dienen, die zur Wiederbelebung der Realwirtschaft notwendig sind. Im Ganzen sollen für diesen Zweck 500 Millionen Mark Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Parlamentarisierung in Odenburg. Der odenburgische Landtag wurde gestern vom Großherzog persönlich eröffnet. In der Rede, die der Großherzog verlas, kündigte er folgende Parlamentarisierung an: Es soll ein ständiger Landtagauschuss als einseitige Behörde mit der Regierung zusammen über alle wichtigen Staatsangelegenheiten beschluß fassen.

Sitzung des interfraktionellen Ausschusses. Im Reichstag fand gestern vormittag wieder eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses statt. Wie der „Volksw.“ erzählt, handelt es sich um eine allgemeine Aussprache über die politische Lage. Auch die Kaiserfrage dürfte erörtert worden sein, ohne daß Indessen eine entscheidende Stellung nach der einen oder anderen Richtung erlos zu sein ist. Wenn der Reichstag seine nächste Vollzung abhalten wird, ist noch unbestimmt; vermutlich wird sie erst nach dem Eintreffen der tschechischen Waffenstillstandsbedingungen einberufen werden.

Aufhebung der Vorzensur in Elbich-Verträgen. Nach Vereinbarung zwischen den zuständigen militärischen Stellen und der reichsständlichen Regierung ist für ganz Elbich-Verträge die Vorzensur aufgehoben worden. Demnach gelten für Elbich-Verträge nur noch die allgemeinen Zensurvorschriften, wie in den übrigen Teilen des Deutschen Reiches.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Gerüchte. Ähnlich wird aus Berlin gemeldet: In dem Bericht, die tschechischen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch vorenthalten, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Wiederbestimmung in Versailles? Der Londoner Korrespondent des „Times“ schreibt, daß eine be-

Friedensabereinkommungen in Versailles erstellt worden ist, und zwar am 14. Juni. Die Bekanntmachung der Bedingungen des Waffenstillstandes kann jede Stunde erwartet werden. — Der tschecho-slowakische Minister des Auswärtigen, Beneš, nahm an den Beratungen der Konferenz der Alliierten in Versailles als Vertreter der tschecho-slowakischen Regierung teil.

Deutschland an Hoch verwiesen. Im Unterhaus kündigte Lloyd George an, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson erludt hätten, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, wenn sie die Waffenstillstandsbedingungen annehmen wüßte, denen die Alliierten zustimmten, so solle sie sich in der nächsten Woche an Hoch wenden.

Kortbelles Frieden. Die Volkszeitung schreibt: Während die Welt auf Wilson wartet, nimmt Kortbelles das Wort. Wir sollen so hart verfeinert werden, daß wir nie eine Gefahr für Englands Weltmacht bilden. Wenn behauptet wird, daß kein die Friedensbedingungen der Entente, so muß man schon heute sagen, daß ein Frieden zu solchen Bedingungen der nächste und dringlichste Gewalt- und Diktatorien wäre. Er schlebe rücksichtslos Wilson beiseite. Kortbelles Frieden hat Wilsons Frieden ist seine Losung. Gewalt hat Recht, Unterdrückung hat Gleichberechtigung, wirtschaftliche Sklaverei statt Gleichberechtigung im friedlichen Wettbewerb. — In Rotterdam begannen die Friedensbedingungen von Lord Northcliffe allgemeinem Interesse. Man fragt sich, ob seine Meinung mit der Meinung des Kabinetts übereinstimmt oder ob Northcliffe den Lauf der Ereignisse zu beeinflussen sucht. Letzteres ist anzunehmen der Fall, denn Lord Northcliffe hat in Unterhaushaus, daß Northcliffe allein für sich selbst gesprochen hat. Kortbelles Artikel hat namentlich überaus wegen seiner Wichtigkeit. Die Westminster Gazette bemerkt, daß, wenn ein anderer so gesprochen hätte, die Blätter von Northcliffe sofort angegriffen wären.

Kein englisches Friedensangebot von 1918. Von unbedingt maßgebender Regierungsstelle erklärt die Köln. Volkszeitung: Das Gerücht von einem englischem Friedensangebot im Jahre 1918, das von Deutschland abgelehnt worden sei, verleihe ich entschieden. Wenn ein solches Angebot vorläge, würde ich es ablehnen; denn bei meinen nahen Beziehungen zum früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hätte ich sicher Kenntnis davon erhalten. Es ist nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal der letzte Schritt von England erfolgt.

Deutliches und Sächsisches.

Mies, den 6. November 1918.

Lebensmittelverteilung. Vom 8. November ab kommt, wie aus der amtlichen Bekanntmachung vorliegender Nummer zu ersehen ist, auf Abchnitt 45 der roten und grünen Rationierungskarte 1. und 2. die Verteilung.

Auffstellung sächsischer Grenzschutztruppen. Das Reichsministerium des Innern teilt mit, daß die in Sachsen verbreiteten und leider unvollständig weitergeleiteten Gerüchte über die Aufstellung im benachbarten Böhmen und ihre etwaigen Folgen für Sachsen grundlos sind. Die Tschecho-Slowaken haben Absicht und haben auch mit den Deutschen Böhmen ein Einverständnis über die friedliche Grundlinie gefunden. Bis auf einige in den letzten Tagen stattgefundene Ausschreitungen in Lausitz, die aber lediglich auf den Wob zurückzuführen sind, herrscht Ordnung. Es ist auch nicht zu befürchten, daß die Tschecho-Slowaken in absehbarer Zeit als Kampftruppen an der sächsisch-böhmischen Grenze auftreten. Selbstverständlich sind für alle Fälle sächsische Grenzschutztruppen aufgestellt worden, die ein Eindringen von Banden verhindern werden.

Ärztliches Handreiben an Graf Wittum. Se. Majestät der König hat an den Staatsminister Graf Wittum v. Eckardt folgende Allerhöchste Handreiben gerichtet: Mein lieber Staatsminister Graf Wittum! In meinem lebhaften Bedauern haben Sie sich entschlossen, um Ihre Entlassung aus Ihren Ämtern als Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten nachzusuchen, weil Sie in hochherziger Umsicht die von Mir für notwendig erkannte Neuordnung nicht daran scheitern lassen wollten, daß Ihnen nicht von allen Seiten das Vertrauen entgegengedrückt würde, dessen Sie zur erfolgreichen Durchführung der neuen Maßnahmen zu bedürfen glauben. Ich achte diesen Entschluß und erkenne in ihm einen besonderen Beweis der Willkür und Gewissenhaftigkeit, mit der Sie Mir allezeit beraten haben. Mit schmerzlichem Bedauern sehe ich in Ihnen einen Minister aus dem Amte scheiden, der Mir auf den verschiedensten Gebieten, besonders auf dem der Wohlfahrts- und Gemeindefürsorge, wertvolle Dienste geleistet und Mir in schwierigen Verhältnissen mit treuem Mute aus Seite gestanden, jederzeit von dem vornehmlichen Bestreben besetzt, einen gerechten Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Für diese Mir und dem Vaterlande geleisteten treuen Dienste spreche Ich Ihnen von Herzen Meinen herzlichsten Dank aus. Ich bleibe Ihr wohlgenegter König Friedrich August.

Erdbä. Durch Herrn Amtshauptmann Geheimen Regierungsrat Dr. Uplemann ist Herrn Gemeindefürsorge Günther das ihm Allerhöchste verliehene Ehrenkreuz für Wohlfahrtsfürsorge überreicht worden.

Annaberg. Zur Feier des 75jährigen Bestehens des Königl. Realgymnasiums überbrachte Stadtrat Dr. Richter die Glückwünsche der Stadt und übergab im Namen der sächsischen Körperschaften eine Stützung von 5000 Mk. Für den Verband ehemaliger Schüler teilte Kaufmann Heßig mit, daß der Verband der Schule 3000 Mk. gesammelt habe.

Elbisch. Von großem Leid wurde Herr Vint hier durch den Verlust von drei erwachsenen Töchtern getroffen, die innerhalb weniger Tage an der Grippe erliegen sind. Der 50jährige Sohn lud nach Wismar, verließ dort plötzlich ebenfalls an der Grippe, und nun trat als fünfte Todesopferin die Nachricht ein, daß auch der Schwiegerohn Jakob in Schmied, dessen Wirtin vorige Woche beerdigt wurde, an der Grippe verstorben ist.

Bermischtes.

Brand eines Personenzugwagens. Am 11. November wird aus Saarbrücken vom 5. November gemeldet: Gestern Abend 8^{1/2} Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Wöllingen nach Bus in Brand. Der Zug wurde durch Fieber der Lokomotive zum Stehen gebracht, doch war ein Löschen des Wagens nicht zu ermöglichen, so daß der ganze obere Wagenkasten ausbrannte. Dabei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gange.

Die Grippe in China. Aus Shanghai wird gemeldet: Die spanische Krankheit ist jetzt auch in China ausgebrochen. Große Verheerungen richtete sie im Hauptstad an, wo ganze Familien sterben. Auch in anderen Provinzen hat die Krankheit sich tödlichen Ausgang.

Wegen Raumangel Roman-Fortsetzung in nächster Nummer.

Deutscher Generalstabbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 6. November 1918.

Westlicher Kriegsdauerschnitt:

Infanteriekämpfe in der Scheldenebene. Auf dem Scheldenebene zwischen der Schelde und der Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der getrieben nach höchstem Artillerieeinsatz seinen Angriff wieder aufnehmen wollte, blieb auf geradem Wege. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachbarn in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Norval und südlich von Landreies größeren Umfang annahm. Der Feind stand am Abend westlich von Baoli, am Ostende des Waldes von Norval, südlich von Landreies und südlich von Gulle. Auf dem Oise und der Waas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Höhe die allgemeine Linie Marie-Duis-De Gros-Oisy erreicht. Ostlich der Höhe haben wir mit ihm nördlich von De Oisne und westlich von Beaumont in Gefechtskämpfe. Stärkere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Betanne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun blieb der Amerikaner unter beständigem Feuer über die Waas und drang in die Waldungen auf den südlichen Waashöhen zwischen Mils und Blasnes ein. Das sächsische Jäger-Regiment Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampftruppe auf Fontaine vordringenden Feind zurück und nahm den Oisno-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Raimbe der südlichen Waashöhen ihren Abschluß. Auf dem Oisno der Waas schlugen brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen südlich von Oisy und in den Wäldern ab.

Die Waas am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab Oberleutnant Bolle und Leutnant Rünkele errangen ihren 25. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: **Gröner.**

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 6. November 1918.

Die deutsche Waffenstillstands- und Friedensdelegation nach dem Westen abgereist.

Berlin, 6. November. (Amtlich.) Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittags von Berlin nach dem Westen abgereist.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Auf eine mit etwa 100 000 Namen besetzte pommerische Vertrauenskommission an den Kaiser ist heute aus dem Geheimen Staatsrat folgende Antwort eingegangen: Der Kaiser und König haben die aus allen Teilen Pommerns kommende, mit etwa 100 000 Unterschriften versehene Kundgebung dem Herrn Reichskanzler zugehen lassen und mit Befolgen, den treuen Pommern für das aus dem Einbruch des Feindes dieser Zeit hervorgegangene Leid Kenntnis treuer Anhänglichkeit und bester Vaterlandsliebe zu dem Dank zu übermitteln. Der Geh. Ratemittler: Deßkoff.

Im Reichstage tagte gestern wiederum der interfraktionelle Ausschuss und für heute sind sozialdemokratische und nationalliberale Fraktionen in Aussicht genommen. Offener nachmittags empfing laut „Volksstimme“ Minister von Papen den Führer der Konfessionslosen Graf Bethard.

Herr Joffe, der russische Botschafter in Berlin, dessen Stellung unklar geworden ist, dürfte bereits gestern Abend mit dem gesamten Personal die Potsdam in Berlin verlassen haben, um nach Moskau zurückzufahren. Gestern Mittag wollte er zu längerer Unterredung im auswärtigen Amt. Die Zweigstelle der russischen Telegrammagentur ist gestern nachmittags aufgehoben worden.

Deutsche Erklärung an die bolschewistische Regierung.

X Berlin. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt eine amtliche Erklärung, in der es u. a. heißt: In der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 3. dieses Monats veröffentlichten Erklärung war gegenwärtig der Angriffs der deutschen Presse bereits darauf hingewiesen, daß die Regierung weder das Streben der bolschewistischen Regierung nach Erzeugung einer Revolution in Deutschland außer Acht gelassen, noch die nachdrückliche Behandlung der Ruhr des Grafen Ribbentrop durch die russische Regierung ruhig hingelassen hat. In der Tat hat die deutsche Regierung nicht nur in der Angelegenheit der Bestrafung der Mörder des Grafen Ribbentrop daneben mit der bolschewistischen Regierung weiter verhandelt, sondern sie hat auch während der beiden letzten Monate zu verschiedenen Malen wegen offensichtlicher Verletzung des Artikels 2 des Berliner Friedensvertrages bei der heiligen russischen Botschaft Protest einbringen müssen. So wurden während der Monate September und Oktober im ganzen fünf Protestnoten an die russische Regierung gerichtet. Die Unterthemen gegen die heilige russische Botschaft, die im Verlaufe der Verhandlung mit gewissen Gruppen in der russischen Hauptstadt offen auf die Revolution hingewiesen, hatte keine so greifbaren Resultate ergeben, daß ein Einwirken daraufhin möglich gewesen wäre. Diese Sachlage hat seit vorgestern durch den Vorfall mit dem Ruder der russischen Botschaft eine vollständige Änderung erfahren. Der tschechische Generalstab hat den Auftrag erhalten, der russischen Regierung in Moskau eine Note zu überreichen, in der es heißt: Die tschechische Regierung hat schon zu wiederholten Malen dagegen Einspruch erhoben, daß durch Kundgebungen russischer amtlicher Stellen entgegen der Abmachung in Artikel 2 des Berliner Friedensvertrages eine unzulässige Agitation gegen deutsche Staatsbürger getrieben wird. Sie sieht sich nicht länger in der Lage, sich auf Proteste gegen die Agitation zu beschränken, die nicht nur eine Verletzung der genannten Vertragsbestimmungen, sondern auch einen schweren Verstoß gegen die elementarsten Gesetze der Menschlichkeit bedeuten. Als die Sowjetregierung bei Abschluß des Friedensvertrages ihre diplomatische Vertretung in Berlin errichtete, wurde der ernannte russische Bevollmächtigte Herr Joffe ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Ermöglichung jeder agitatorischen und propagandistischen Tätigkeit in Deutschland hingewiesen. Er erwiderte darauf, er kenne den Artikel 2 des Berliner Friedensvertrages. Herr Joffe und die ihm unterstellten Organe haben sich infolgedessen hier der Rücksicht und des Vertrauens zu erwehren gesucht, die internationalen Fremdbestimmungen gegenüber abzuwickeln. Das entgegengebrachte Verhalten ist jedoch geächtet worden. Schon seit einiger Zeit zeigte sich, daß die russische diplomatische Vertretung durch intimen Verkehr mit gewissen auf den Umsturz der staatlichen Ordnung in Deutschland hinwirkenden Elementen und durch Verwendung solcher Elemente im Dienste der Vertretung an der unzulässigen Bewegung in Deutschland Interesse nahm. Durch den Vorfall, der sich am 4. dieses Monats ereignete, hat sich herausgestellt, daß die russische Vertretung durch Einführung von Flugblättern mit Auforderungen zur Revolution unter Verletzung des diplomatischen Konventionsprivilegs an den Umsturzbestrebungen sogar teilhaften Anteil nimmt. Weiterer Grund zur Beschwerde gibt der tschechischen Regierung die Behandlung, welche die Sow-

jetztigerung der Frage der Entschädigung des Grafen Ribbentrop an dem tschechischen Gesandten Grafen Ribbentrop hat zuzustimmen lassen. Die russische Regierung hat feierlich versichert, alles tun zu wollen, um die Schulden der Bestrafung auszuführen. Die tschechische Regierung hat feierlich versichert, daß sie feststellen können, daß eine Verfolgung oder Bestrafung der Schuldigen eingestellt aber nur beabsichtigt ist. Die tschechische Regierung erhebt hiermit Einspruch gegen die Vertrags- und Völkerrechtsverletzungen. Sie muß von der russischen Regierung Bürgschaften dafür verlangen, daß eine solche mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehende Agitation und Propaganda in Zukunft unterbleibt. Sie muß darauf bestehen, daß der Mord an dem Gesandten Grafen Ribbentrop gestraft wird, indem die Mörder und die Anstifter des Mordes bestraft werden. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem diese Forderungen erfüllt sind, muß die tschechische Regierung die Regierung der Sowjetrepublik verlassen, ihre diplomatische und sonstige tschechische Vertretung aus Deutschland zurückziehen. Sie wird in gleicher Weise die amtlichen deutschen Vertreter in Russland für diese Zeit abberufen.

Grausame Behandlung deutscher Kriegsgefangener.

X Berlin. Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber gemachten deutschen Kriegsgefangenen immer härter und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Verner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Befangenahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stappengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Abgerissen, verhungert und krank treffen sie in den bauernd überfüllten Stützpunkten Rouen-Croisset, Orleans und Fort d'Alenieres der Oise ein. Hier kommt auf drei Mann ein Strohlager. Trotzdem liegen noch viele Deutsche seit Ankunft ohne Decken im Freien. Die Nahrung ist so ungenügend, daß die Kriegsgefangenen sich auf Speisereste, Rübenschnitzeln und rohe Feldrüben beschränken. Bekleidung wird ihnen nicht geliefert. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtmenschlichen Verletzungen des Völkerrechts ist sofort energischer Protest eingelegt worden. Ferner ist die Schweizerische Gesandtschaft in Paris ermahnt, die Verhältnisse in den Stützpunktlagern sofort durch Delegation prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Rückkehr von Zivilgefangenen aus Frankreich.

X Bingen. Ein Schweizer Enderzug brachte gestern über 91 Zivilinternierte aus Frankreich, welche in der Waggonhalle in der sächsischen Weile befristet wurden. Unter den Angekommenen befanden sich 34 Frauen und Kinder, darunter solche, die schon seit dem 1. August 1914 interniert waren.

Österreichische Flieger in München.

X München. Sieben österreichische Flieger, die sich verfliegen hatten, sind in der Nähe von München notgelandet. Da infolge des dunklen Wetters die Beobachtungsstation nicht einwandfrei festgestellt werden konnten und eigene Flugzeuge auf dem Flugwege nicht gemeldet waren, mußte alarmiert werden.

Polizeidienst in Gent.

X Berlin. Mit der Zurückverlegung unserer Front an den Westrand von Gent hat die früher inoffiziell organisierte Militärpolizei in der Stadt der mehr frontmäßigen Einrichtung von Patrouillen und Wachen Platz machen müssen. Sicherheit und Ordnung ist in der unbelichteten Stadt bei Nacht heute nicht mehr die allgegenwärtige. Wenigstens ist die Polizei heute nicht mehr die allgegenwärtige. Wenigstens ist die Polizei heute nicht mehr die allgegenwärtige. Wenigstens ist die Polizei heute nicht mehr die allgegenwärtige.

Italienische

Wirkung der Waffenstillstandsbedingungen.

X Wien. Amtlich wird verlautbart: In Punkt 1 der zwischen dem Armeekommando und der italienischen Heeresleitung abgeschlossenen Waffenstillstandsbedingungen wurde die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Lande, an Wasser und in der Luft vorgeschrieben. Am 8. November 8 Uhr früh wurde an die Armeekommando der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben. Nach 2 Stunden lösterte das Armeekommando nachträglich festgesetzt habe, die Feindseligkeiten erst 24 Stunden nach Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen einzustellen. Das Armeekommando legte gegen diese plötzliche Änderung der bereits unterzeichneten Bedingungen Verwahrung ein, wies auf die technische Unmöglichkeit hin, den an die eigene Heere bereits erteilten Waffenstillstandsbegehren zurückzunehmen und verlangte neuerdings sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die italienische Heeresleitung zeigte sich aber nicht geneigt, den durchaus berechtigten Wünschen des Armeekommandos zu willfahren. Die italienischen Truppen nahmen vielmehr die Unklarheit der Lage aus, um noch militärische Erfolge zu erringen. So luden im engen Hügel unserer dicht angeordneten Kolonnen plötzlich italienische Panzerautos mit Maschinengewehren und Schützen vor, machten schließlich Halt, und erklärten die überholten Truppen — mehrere Divisionen — als Geiseln. Auf Widerstand waren sie nicht gefahren, da unsere Leute die Feindseligkeiten bereits eingestellt hatten. Das Armeekommando hat gegen dieses Vorgehen nachdrücklich protestiert und die Freilassung aller auf so gewaltsame Weise gefangen genommenen Leute gefordert. Die Antwort ist noch nicht eingetroffen.

Streckenläufe in Lemberg.

X Budapest. Die Blätter melden aus Lemberg: Hier eingetroffene Personen erzählen, daß dort am Sonntag und Montag Streckenläufe stattfanden, in denen Verlauf polnische Studenten das Volk- und Telegraphenamt und bald darauf den Bahnhof besetzten. Am Sonntag Nachmittag war der Westteil der Stadt vollkommen in den Händen der Polen. Sonntag trat eine kurze Waffenruhe ein. Die ungarischen Truppen verhalten sich neutral. Bis Sonntag Mittag sind über 60 Personen in den Streckenkämpfen gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt.

450 Sträflinge aus dem Suchthaus entflohen.

X Budapest. Aus dem Suchthaus in Mla drachen 450 Sträflinge aus, die mit Revolvern und Gewehren bewaffnet sich eines Eisenbahnzuges bemächtigt und in der Richtung Budapest abfahren. Mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten nahmen den Zug bei Waz unter Feuer. 50 Sträflinge wurden getötet, 100 verletzt, die übrigen gefangen genommen.

Vollschiffen blühten einen ukrainischen Dampfer.

X Kiev. Auf dem Dnjeper wurde der ukrainische Dampfer „Ludja“ in der Nähe von Witschikina durch bolschewistische Banden zum Sinken gebracht und unter dem Vorwand einer Revolution regelrecht ausgeplündert, indem den Reisenden ein großer Teil ihres Geldes sowie Wertgegenstände und sonstiges Eigentum geraubt wurde. Zwei ehemalige russische Offiziere namens Sagerst und Koslowski wurden unehrenhaft verhaftet und weggeführt.

Kauf dem Wege von Riesa
gehört nach Riesa
Schwarz verloren.
Hingehen im Riesaer Tabl.
Dhrring mit Opal
Sonntag Wiese, Rosenstr. bis
Friedhof bestören. Rückgabe
gegen Belohnung erbittet
Schulz, Gröba, Hiesstr. 28.

**Mehrere
Schlafstellen**
auf längere Zeit sofort zu
mieten gesucht.
G. Moritz Förster.

**Schlafstelle
der möbl. Zimmer**
wird für sofort in Gröba
gesucht. Angeb. unt. G 1 557
an das Tageblatt Riesa.

Suche für sofort ab. Reulabr
eine Wohnung bis 300 M.
Bühle ev. 20 M. Belohnung.
wer mir solche nachweist.
Offerten erbeten unt. J 1 559
an das Tageblatt Riesa.

Wohnung
Stube, Kammer u. Zubehör.
sofort oder später zu mieten
gesucht. Angebote unter
K 1 488 an das Tabl. Riesa.
Kleine Schlafstelle frei.
W 97 sagt das Tabl. Riesa.

Suche für Bildr. Frauen
gute Flegerinnen
die ihn ebenfalls auch als
Stenographen, bei mög-
lichster Vergütung.
Offerten niederzulegen unt.
K 1 488 im Tagebl. Riesa.

Jüngeres, fleißiges und
fauberes Mädchen
welches im Nähen bewandert
ist, wird für leichte Handar-
beiten sofort gesucht.
G. Schulz, Hauptstr. 40.

Suche sofort ehehche,
faubere Waschfrau
und fleißige alleinstehende
Frau zur Aufwartung für
den Vormittag. Mädchen
vorhanden. Frau Wenz,
Bahnhof Köberau.

Ehrliches Mädchen
18 Jahre, welches schon in
Stellung war, sucht Stell-
ung in mittlerem Geschäfts-
haushalt, wo ihr die Gelegen-
heit geboten ist, sich im Ge-
schäft mit einzurichten.
Paula Adler, Adorf
1, Bogtl., Storchstr. 8, u.
Juvel., einwandfr.
Wachmann
(auch Kriegsbefeh.) in dauernde
Stellg. in Gröba gesucht.
Kauf. Bewerb. m. Lebensl. u.
Gehaltsanpr. an
Wach- u. Schlichtung. Riesa
u. Umgegend in Riesa.

Achtung! Schlachtpferde!
nicht leibhaftig zu kaufen. Bei Nachschichten
schneilt. zur Stelle. Deun. Transport.
Weiterverkauf findet nicht statt.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.

Die auf Land- Föhren
kartoffelarten abgeholt
bestellen werden.
Desgl. hat rote in großen und kleinen
und gelbe Wöhren Posten abzugeben
Saunstein, Baufig.

Morgen Donnerstag **Vierdehlsverkauf**
von vorm. 10-12 Uhr
auf rote Andweidkarte
Nr. 770-790 und 1-100.
Albert Mehlhorn, Gröba, Kirchstr.

Brikett-Abgabe
Riesa-Stadt,
Donnerstag, d. 7. 11., vorm. auf Nr. 1-100.
W. Gumlich.

Gasthof Stauchitz.
Theater der Stadt Riesa.
Bequeme Zugverbindungen.
Größter Feiertagsverkehr.
Jung muss man sein
oder: Die Frucht vor der Frau.
Nachmittag: Kindervorstellung und Preisverteilung.
Die Direktion.

Beim Einscheiden meiner guten, braven
Tochter, der treusorgenden Mutter ihres Kindes,
Schwester, Schwägerin und Tante
Lulise Kleinsorge
und so unendlich viele Wünsche der Liebe
und Teilnahme entgegengebracht worden, daß
es uns nur hierdurch möglich ist, dafür unsern
wärmsten Dank auszusprechen. Derselben Dank
der geehrten Firma Gebrüder Schönberr, ihren
lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für
die letzte Hülfe, welche sie der Heimgegangenen
erwiesen haben. Hochmals allen Verwandten,
Freunden und Bekannten herzlichen Dank für
den überaus reichen Blumenbesand und die
Begleitung zur letzten Ruhestätte. Du aber, meine
gute Antje, ruhe in Frieden.
Im tiefsten Schmerz
die trauernde Mutter verw. Kleinsorge
nebst allen Hinterbliebenen.
Riesa, Rüderberg Nr. 5, den 5. Nov. 1918.

Dankfagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines unver-
glichenen Mannes, unseres guten Vaters, des
Kanoniers Heinrich Richard Hasse
drängt es mich, allen lieben Verwandten, Freunden
und Kameraden meinen tiefgefühltesten Dank für
die vielen Beweise der herzlichen Anteilnahme bei
dem schmerzlichen Verlust, der uns betroffen hat,
auszusprechen.
Im tiefstem Schmerz
Franz Martha verw. Hasse
nebst allen Hinterbliebenen.
Reusspitzsch, den 6. Novbr. 1918.

Unentbehrlich für jede Dame,
welche sich ihre Kleider selbst anfertigen will, ist das
Universal-Schnittmuster-Album
„Fix und Fertig für Alle“.

Mittels dieses **Schnittmuster-Albums**
ist jede Dame in der Lage, auch ohne jegliche Vorkenntnis, nach kurzer Anweisung jeden
Kleid vom kleinsten Kind bis zur härtesten Person, auszuscheiden. Ueberrischt dabei in
jeder Hinsicht jede bis jetzt in den Handel gebrachte
Zuschneide-Methode.
Um nun jede Dame mit den Vorteilen des neuen Schnittmuster-Albums „Fix und
Fertig für Alle“ bekannt zu machen, findet vorläufig bis auf weiteres jeden **Montag**,
nachmittags von 2 bis 4 Uhr in meiner Wohnung **Riesa, Hauptstr. 22, II.**
eine gänzlich unentgeltliche Zuschneide-Lehrstunde
statt und erlaube mir ganz ergebenst, die Damen zu dieser Lehrstunde freundlich einzu-
laden. Erste Unterrichtsstunde **Montag, den 11. Novbr. 1918**, von 2 bis 4 Uhr nachm.
Um recht rege Teilnahme an dieser gänzlich kostenfreien Lehrstunde bittend
zeichnet mich aller Hochachtung
Frau G. Ritzsche, Damenschneidermeisterin.
Alleinverkauf für Riesa und Umgegend.

**Schriftfeger-
lehrling**
findet Eltern gute Lehr-
stelle im
Riesaer Tageblatt.

Brikett-Ausgabe
Riesa-Stadt.
Donnerstag, 7. Nov. 401-600
Freitag, 8. „ 601-800
Montag, 11. „ 801-1000
Dienstag, 12. „ 1001-1200.
Hans Endewig.

Brikett-Ausgabe
für Stadt Donnerstag von 7 bis 12 Uhr die Nr. 1-180,
nachm. von 1 bis 6 Uhr die Nr. 181 bis 380.
S. Kern, Elbstr. 2.

Für die überaus herzliche und liebevolle Teilnahme bei dem schweren
Verluste unserer lieben, unvergesslichen Entschlafenen,
Frau Marie verw. Bormann-
geb. Riedel
sagen wir allen nur auf diesem Wege unsern
herzinnigsten Dank.
Karl Riedel und Frau
und sämtliche Hinterbliebenen.
Riesa, den 4. Nov. 1918.

Am Freitag, den 1. 11. 18 entschlief im Lazarett zu Riesa
unser lieber Jugendfreund, der
Kaufmann
Karl Galle
Soldat im K. S. Ers.-Inf.-Regt. 23/3.
Nachdem wir ihn in heimatlicher Erde zur ewigen Ruhe bringen
durften, rufen wir ihm tiefbewegt ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.
Die Jugend zu Gröba.

Nach kurzer Krankheit verschied am Sonntag unser
Lehrling
Edgar Schneider.
Wir bedauern unendlich den Helmgang dieses, mit den
vorzüglichsten Eigenschaften ausgestatteten jungen Mannes,
der zu den schönsten Hoffnungen berechnete und werden
ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.
Riesa, 6. November 1918.
Speicherei- und Speditions-Aktiengesellschaft.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlus entschlies Dienstag morgen
7/6 Uhr nach kurzem Krankenlager, aber langem in großer Geduld ge-
tragenen Leiden mein lieber Gatte, unser herzensguter, trauerorgender
Vater, Schwieger- und Großvater, der pens. Weichenstoller 1. Kl.
Johann Schröder
Inhaber des Ehrenkreuzes.
In tiefster Trauer
Emilie verw. Schröder und Kinder.
Röderau, den 6. November 1918.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 2 Uhr vom Trauerhause
aus statt.

Solides Mädchen
zum Stützebedienen gesucht.
Restaurant Warburg.

Schachspieler,
Anfänger u. geübte, 13-17
J. alt, zwecks Spielverbin-
dung ges. Off. unt. K 1 488
an das Tageblatt Riesa.

Schriftfeger
für sofort gesucht.
Buchdruckerei
Sanger & Winterlich, Riesa.
Verlag des Riesaer
Tageblatt, Amtsblatt.

Anfuhrer
von Britetts aus Vert
Bleha übernimmt
Walzenmühle Zeithain.
Telephon Riesa 280.

1 Melkziege
zu kaufen gesucht
Georakstraße 15.

Zwei Kino-Apparate,
sowie viele Films u. Licht-
bilder zu verkaufen.
H. Gähler, Gröba, Rieselei.
Ein tafelförmiges

Klavier,
selten schön in Ton, verkauft
Gautschi, Pausch.
Guterhaltenes

Pianino
zu kaufen gesucht. Angebote
unter L 1 561 an das Tage-
blatt Riesa.

Federbett
aus Privatband zu kaufen
gesucht. Frau S. Reich, Dres-
den-U., Gr. Weißeritzstr. 14-1.

Photo-Apparat,
9x12, wie neu, zu verkaufen.
Gähler, Gröba, Rieselei.
Guterhaltenes Kinderswagen
zu verkaufen.
Neuweida, Riesaer Str. 17, u.
Salt neues

Sohn- u. Schlafzimmer
(Stuhl) preiswert zu ver-
kaufen. Näheres bei Hoffmann,
Gröba, Schulstr. 12, 2.

Speisezimmer
billig zu verkaufen
Goethestr. 25.

Wäschjofa
billig zu verkaufen
Goethestr. 25.

Saatkartoffeln
„Aris“, mittelfrüh, erster
Nachbau, anerkanntes Saat-
gut, Binat verkauft
Große, Heyda.

Einem kleinen Posten
Weißkohl
(Str. Nr. 6.-) hat abgegeben
Otto Richter, Neu-Weida.

Kohlrüben,
gelbe Schwalm, hat abgegeben
Httg. Jahnshausen.

**W. Möhren, Rotrüben,
Reiß- und Blaukohl,
Sellerie, Kürbis**
verkauft
Karl Wenz, Hauptstr. 1.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft Arno Schreiber,
Bismarckstraße 15a.

Für die wohlthunenden Be-
weise herzlicher Teilnahme
bei dem Helmgange unserer
lieben Mutter, Frau
Christiane verw. Richter
sagen wir allen hierdurch
bergliehen Dank.
Die trauernden
Hinterbliebenen,
Riesa, d. 6. November 1918.

Die heutige Nr. umfasst
4 Seiten.